

Impulsvortrag v. Elverfeldt

CDU-Fachkommission Versorgungssicherheit, 13. März 2023

„Braucht es Nachhaltigkeitsindikatoren als Grundlage für eine Honorierung von Ökosystemdienstleistungen im Wald?“

(Redezeit: ca. 15 Minuten)

Begrüßung

Sehr geehrte Frau Dr. Schneider,
sehr geehrte Frau Dr. Connemann,
sehr geehrte Damen und Herren!

Dank

Vorstellung von Person und Verband

Bezugnahme auf Vorredner Dr. Hövelmann (DLG) zum Thema Nachhaltigkeitsindikatoren in der Landwirtschaft

Perspektivwechsel zum Wald: „Braucht es Nachhaltigkeitsindikatoren als Grundlage für eine Honorierung von Ökosystemdienstleistungen im Wald?“

Diese Frage ist grundsätzlich zu bejahen.

Politische Vorhaben wie eine Honorierung bedürfen einer Grundlage wie Planung, Umsetzung, Kontrolle.

Allerdings fehlt es für den Wald einer breiten politischen Diskussion zu Zielen und Zielkonflikten.

Die Debatte konzentriert sich gerade in diesen Tagen zu schnell auf ökologische Indikatoren.

Die vorrangige Frage lautet doch, welche waldpolitischen Ziele wollen wir verfolgen und mit welchen Instrumenten.

Wir haben eben die Situation in der Landwirtschaft gehört. Die Problemstellungen im Wald stellen sich jedoch auf mehreren Ebenen anders dar.

Werfen wir einen Blick auf den klaren Unterschied zur Landwirtschaft mit dem Wald:

Mit der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik ist für die Landwirtschaft ein eigener europäischer Rechtskreis etabliert. Mit dem Instrument der Agrarzahungen lassen sich (zumindest in der Theorie) effektiv Zielsetzungen in Ergebnisse übersetzen und die Zielerreichung auch messen. Unterschiedliche Ziele der Politik wie die Ernährungssicherheit oder ökologische Verbesserungen lassen sich dabei prinzipiell mit dem gleichen Instrument verfolgen.

Der Waldpolitik dagegen fehlt eine vergleichbare Kohärenz.

Politische Kompetenzen und rechtliche Regelungsinstrumente greifen nicht ineinander und sind nicht gut miteinander verzahnt.

Das Waldrecht ist eine bunte Mischung aus Vorschriften über Betriebsstrukturen, Besteuerung, Naturschutzordnungsrecht und einer Vielzahl von Förderprogrammen. Im Ergebnis sind damit waldpolitische Planung, Umsetzung und Kontrolle erschwert bzw. kaum möglich.

Damit stellt sich die Frage an die Waldpolitik: Welche Stellung hat der Wald in der politischen Diskussion, was sind mögliche waldpolitische Ziele, welche Instrumente brauchen wir und wie messen wir die Zielerreichung?

Lassen Sie mich dafür zunächst unsere Waldbilder im historischen Kontext einordnen:

Wir sehen eine historisch bedeutsame Verschiebung der Perspektive auf den Wald:

Lange galt der Wald als wichtiger Lieferant von Energie und Werkstoffen. Eine Änderung trat ein durch die Entdeckung fossiler Rohstoffe. Plötzlich gab es Energieressourcen von großer Dimension. Die führte zu einer Verlagerung von Energiesicherheit und Rohstoffverarbeitung in industrielle Mechanismen. Stichwort: Industrielle Revolution.

Mit dem Aufkommen der sozialen Frage, den politischen Strömungen des Liberalismus und der Sozialdemokratie geschah zunächst unerkannt: Eine Schleichende Veränderung des Blicks der Gesellschaft auf Ökosysteme und den Wald.

Die Verstädterung und Industrialisierung, aber auch die Intensivierung der Agrarwirtschaft und das Entstehen von Agrarlandschaften, haben zur Romantisierung des Waldes als verbliebenes halbwegs natürliches Ökosystem beigetragen.

Die Vorstellung von Wald als Energie- und Rohstofflieferant ist einer Vorstellung von Wald als naturnahes Ökosystem und Erholungsraum gewichen.

Dies hat eine Herausforderung moderner Waldpolitik zur Folge:

Die schädlichen Folgen der fossilen Grundlagen der Lebensweise in unserer modernen Gesellschaft werden nicht an diesen Quellen angegangen, sondern es wird vielmehr eine Kompensation im Wald angestrebt.

Die Ökosystemzerstörungen einer technisierten Gesellschaft sollen im Wald als Erholungs- und Naturraum aufgefangen werden.

Im Ergebnis gerät damit die Forstwirtschaft als alte CO₂-senkende Bewirtschaftungsmethode immer stärker unter Druck.

Statt einer Veränderung fossiler Produktionsprozesse erleben wir eine Verdrängung der Forstwirtschaft aus dem Wald, um dort die Schäden aus CO₂-Emissionen besser auffangen zu können.

Fossile Übernutzung wird mehr oder weniger fortgesetzt und der Preis auf die Forstwirtschaft und auf den Wald als Wirtschaftsraum abgewälzt.

Daraus ergibt sich der Gestaltungsauftrag an die Waldpolitik:

Es ist in diesem Spannungsfeld die Frage zu beantworten, was Wald heute für die Gesellschaft sein kann, welche Ziele eine moderne Waldpolitik verfolgen kann, welche Instrumente es braucht und wie Erfolge zu messen sind.

Wir diskutieren das derzeit auch heftig in der Branche:

Wollen wir uns für eine mehr oder weniger unveränderte Fortführung einer holzproduktionsorientierten Forstwirtschaft einsetzen oder akzeptieren wir eine Neudefinition von Waldwirtschaft als Ökosystemleistungsträgerin mit neuen Vergütungsansprüchen. Was soll das Ziel sein? Und was die Indikatoren für deren Erreichen?

Für mich ist klar: Die Europäische Waldgesetzgebung, die deutsche Waldstrategie und das deutsche Waldgesetz müssen den Spagat dafür schaffen: Wir brauchen Versorgungssicherheit mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz und dafür benötigen wir sichere Zielvorgaben und Instrumente. Und wir brauchen den Wald als funktionsfähigen Ökosystemleistungsträger. Und auch dafür benötigen wir Zielsetzungen und Instrumente.

Lassen Sie mit dem Wald als Wirtschaftsraum und Holzlieferant beginnen: Der Wirtschaftswald ist Holzproduzent und Klimaschützer.

Sie kennen unsere Kampagne „8 – Wald ist Klimaschützer“. Jeder Hektar Wirtschaftswald speichert jährlich rd. 8 Tonnen CO₂ aus dem Zuwachs im stehenden Holz und der nachhaltigen Holznutzung in den nachgelagerten Holzprodukten mit ihrer fortdauernden stofflichen Speicherwirkung sowie der

Substitutionswirkung. Die genaue Berechnung finden Sie auf der Kampagnenseite im Internet.

Der Wald kann aber nur dann Klimaschützer sein und bleiben, wenn die Gesellschaft diese Leistung auch honoriert. Und das im doppelten Sinne: Die Politik muss den rechtlichen Rahmen so spannen und weiterentwickeln, dass Betriebe ihre Autonomie erhalten und erfolgreich mit Holzverkäufen wirtschaften können.

Ordnungsrecht engt die Betriebe mit einseitig ökologischen Zielvorgaben ein und verringert zudem den Eigentumsschutz am Betrieb.

Ein aktuelles Beispiel auf europäischer Ebene ist die derzeitige Novellierung der LULUCF-Verordnung. Darin werden dem Wald neue CO₂-Senken-Vorgaben auferlegt, die dieser nur durch massiven Vorratsaufbau ohne Holzentnahmen leisten kann. Auf nationaler Ebene erleben wir eine ähnliche Diskussion im Zuge der Novellierung des BWaldG. In Zukunft sollen pauschale „Mindeststandards“ einer ökologischen Waldnutzung festgeschrieben werden, anstatt auf das eherne Gesetz der Standörtlichkeit zu hören. Lösungen besitzen gerade nicht die gleiche Gültigkeit für alle Standorte.

Wir brauchen vielmehr eine Verständigung darüber, dass Holzwirtschaft zum Wald gehört. Entsprechend brauchen wir eine Politik, die aktiv zur Weiterentwicklung der Holzmärkte beiträgt. Diese Märkte müssen Holzsortimente abfragen können, deren Erzeugung zugleich ökonomische und ökologische Bedürfnisse erfüllt (Stichwort: Laubholzstrategie, Nadelholzstrategie und vor allem Holzbauoffensive). Dafür braucht es politische Zielvorgaben und messbare Ergebnisse. Nur wirtschaftlich erfolgreiche Betriebe können dauerhaft den Wald pflegen und als Klimaschützer erhalten.

Und damit komme ich zum Blick auf den Wald als Ökosystemträger.

Der Wald als Wirtschaftsraum ist - da er nachwachsend ist - unser naturnächster Energie- und Rohstofflieferant

Zugleich ist er als naturnaher Wirtschaftsraum ein wichtiger Garant der Sicherung lebensnotwendiger Ökosystemprozesse (Stichwort CO₂-Bindung, Lebensraum für Pflanzen und Tiere, Wasserfilter, Sauerstoffbilder).

Während die Holzproduktion dem Wald Einnahmen bringt, kostet die Sicherung der ökologischen Waldfunktionen sehr viel Geld. Wir erleben es gerade. Der Klimawandel erhöht den Kalamitätsdruck auf den Wald deutlich durch Hitze, Stürme und Schädlinge. Der DFWR hat die Trockenschäden der letzten drei Jahre auf 14 Mrd. Euro geschätzt.

Forstbetriebe, vor allem die Privaten kann der steigende Kostendruck schnell überfordern oder die wirtschaftliche Tätigkeit bei den immensen Kalamitäten

sogar ganz unmöglich machen. Fehlende Einnahme stehen dann relevanten Kostenpositionen gegenüber. Auch dadurch wird die Eigentumsposition am Betrieb beschränkt.

Hier greift der zweite Gedanke unserer Kampagne „8 – Wald ist Klimaschützer“. Die Gesellschaft muss die Forstwirtschaft bei der Adaption an veränderte Umweltbedingungen finanziell unterstützen. Und sie muss Wege finden, Waldumweltschutz als Produkt neu zu definieren und am Markt honorierungsfähig zu machen.

Dabei kann es um die Entwicklung eines Zertifikatehandels für additiv-leistungsorientierte zielgerichtete CO₂-Einlagerung wie auch einfach um Vertragsnaturschutz gehen.

Eines aber muss feststehen: Es muss den Betrieben überlassen sein, ob sie Holzprodukte oder Umweltleistungen anbieten. Und auch der Wechsel von einer Produktklasse in die andere muss möglich bleiben.

Ich darf zusammenfassen:

Waldpolitik braucht Ziele, Instrumente und messbare Erfolge. In der europäischen und nationalen Waldpolitik erleben wir eine Verkürzung der Waldfunktionalitäten auf die Kompensation der Umweltschäden aus intensiver Landnutzung (Besiedlung, Infrastruktur) und fossilem Energie- und Rohstoffverbrauch.

Eine kluge Waldpolitik muss im Wald hingegen vorrangig einen der letzten verbliebenen naturnahen Wirtschaftsräume sehen, der CO₂-senkend Energieträger und Werkstoffe liefert.

Diese Holzproduktionsfunktion muss das Zentrum der Waldpolitik wieder werden und bleiben.

Dafür braucht es eine ehrgeizige Bioökonomiestrategie und einen Fokus auf die Entwicklung von Märkten für die Holzprodukte klimaangepasster Mischwälder. Dazu fehlt es derzeit an Instrumenten.

Darüber hinaus kann der Wald in geeigneten Kontexten spezifische Ökosystemfunktionen in besonderer Weise zur Verfügung stellen. Diese sind als Ziele zu definieren und mit marktwirtschaftlichen Instrumenten zu unterlegen wie eben z.B. mit einem Zertifikatehandel für additiv-leistungsorientierte zielgerichtete CO₂-Einlagerung oder entsprechendem Vertragsnaturschutz.

Vielen Dank!